Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Druck und Verlag: Auer Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerserzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 15.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2.70 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 8.10 Mk., monatlich 2.70 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 4.60 Mk., monatlich 3.60 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 35 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 180 Pfg., sonst 190 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich geschrieben ist.

Nr. 42 | Freitag, den 20. Februar 1920 | 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Zur Herabminderung des deutschen Heeres hat der oberste Rat sich entschieden, daß unsere Streitkräfte bis zum 10. April 1920 auf 200 000 Mann und bis zum 10. Juli 1920 auf 100 000 Mann zurückgebracht werden.

*

Bei der Salzburger Länderkonferenz haben die Vertreter sämtlicher Parteien Erklärungen abgegeben, daß das Heil und die Rettung Oesterreichs nur im Anschluß an Deutschland zu finden sei.

*

Die jetzigen Verständigungsversuche Sowjetrußlands stellen sich immer mehr als Atempause heraus. Mit einer gegen Westen gerichteten Frühjahrsoffensive muß ernstlich gerechnet werden.

Die sächsischen Kriegsverbrecher.

Ein amtlicher Schlag gegen den Panzer der Verleumdung.

Die nunmehr vorliegende belgische Auslieferungsliste und die darin enthaltenen unerhörten Anklagen gerade gegen sächsische Truppen und ihre Führer, die vor allem mit dem Namen Dinant verknüpft sind, haben die amtlichen Stellen veranlaßt, Material namentlich über die Ereignisse der Augusttage des Jahres 1914 und über den durch sie verursachten Volkskrieg in Belgien zu sammeln.

Die Vorgänge bei Dinant

bilden den Hauptteil der nach der Auslieferungsliste den sächsischen Truppen gemachten Vorwürfe der Verbandsstaaten. Aus dem amtlichen Material über diese Vorgänge sei nach den Mitteilungen der zuständigen Stellen zunächst folgendes entnommen: Im Verein mit der belgischen Regierung, die in ihrer Denkschrift vom Jahre 1917 (Graubuch) kurzerhand jede Teilnahme der belgischen Bevölkerung an den Kampfhandlungen leugnet (!) hat die französische Heeresleitung nachzuweisen sich bestrebt, daß der Widerstand östlich der Maas bis einschl. 23. August von Truppenteilen und Patrouillen des französisch-belgischen Heeres geleistet worden sei. Im besonderen sei auch Dinant durch die Truppe in Verteidigungszustand gesetzt und verteidigt worden. Unterstellt man diese Behauptung als wahr, so ergibt sich aus ihr zunächst mit zwingender Folgerichtigkeit die schwere Schuld der französisch-belgischen Heeresleitung, die einen Ort wie Dinant mit Vorbedacht als Platz für nachhaltige Kämpfe wählte und vorbereitete, ohne der unglücklichen Zivilbevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich der ihr damit naturgemäß drohenden Gefahr rechtzeitig zu entziehen.

Verbindet man ferner mit diesem Gedanken die unwiderlegbare Tatsache, daß östlich der Maas der bewaffnete Widerstand

fast ausschließlich von Männern in Zivilkleidung

geleistet wurde, so muß man die Ueberzeugung gewinnen, daß die Belassung der Zivilbevölkerung in der Kampfzone in bewußter Absicht erfolgte: dem Feinde sollte es erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden, den unbeteiligten Bürger vom Kämpfer zu unterscheiden. Seine Scheu, mit diesem jenen zu vernichten, sollte also mindestens als mittelbare Stärkung der Verteidigung dienen. Die

Zivilkleider im Soldatentornister,

die in den zahlreichen, die Rückzugsstraßen säumenden Gepäckstücken der belgischen Truppen vorgefundenen Zivilkleidungsstücke erhärten diese Annahme wesentlich. Der Soldat aber, der in bürgerlicher Kleidung und ohne ein Zeichen der Zugehörigkeit zur bewaffneten Macht seines Landes kämpft, stellt sich auf eine Stufe mit dem, der widerrechtlich die Waffen führt. Wie dieser, hat er das Recht verwirkt, als Heeresangehöriger behandelt zu werden, und unterliegt den Maßnahmen, die das feindliche Heer nach Kriegsrecht und -brauch zu seinem Schutze trifft. Gestützt nun auf ihre angeführten, unbewiesenen Behauptungen, beschuldigen heute Belgien und Frankreich unsere Truppen und ihre Führer des Mordes an unschuldigen Landeseinwohnern und Greueltaten und der sinnlosen Einäscherung ihrer Dörfer und Städte. Zur Widerlegung dieser Bezichtigung sind wir aber nicht auf die Annahme einer absichtlichen Aufopferung der Bevölkerung durch die französisch-belgische Heeresleitung angewiesen.

Das in unseren Händen befindliche Tatsachenmaterial beweist nach Art und Menge erdrückend, daß keinesfalls nur Soldaten in Zivilkleidung sondern

die Bevölkerung Belgiens selbst im weitesten Umfange

ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, am Kampfe mit der Waffe in der Hand sich beteiligt hat. Man erkannte sehr bald, daß hier nicht die akute Woge aufflammender Begeisterung für das bedrohte Vaterland in natürlicher Wildheit dem eindringenden Feinde entgegenschlug, sondern daß diese bereits methodisch in Bahnen geleitet war. Wir können und werden beweisen, daß dieser Kampf vorbereitet, organisiert und geleitet wurde und daß die Kampfführung Mittel und Verfahren anwandte, deren

Tücke und Grausamkeit aus den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges

ihre Vorbilder gewonnen zu haben schien, und eine Fanatisierung des ganzen Volkes bis zu tierischer Wildheit zur Voraussetzung hatte. Dieser Widerstand mußte gebrochen werden, wie jeder, der die Erreichung des Kriegszweckes gefährdete. Die Mittel hierzu mußten stärker sein als die des Widerstandes. Sind ihnen Unschuldige zum Opfer gefallen, so kommt ihr Blut über die, die sie, leichtfertig oder mit verbrecherischer Absicht, in diese Gefahr gebracht haben. Kein Richter der Welt, wenn anders er wahrhaft Recht sprechen will, kann

diese furchtbare Verantwortung von der belgischen und französischen Regierung

und ihren Organen nehmen. Wir wissen, daß wir im glutheißen August 1914 unsere Söhne, Brüder, Väter haben hinausziehen lassen zum Schutze von Heim und Herd, Volk und Vaterland, und keine Bestien. Wir wissen, welches Maß von Erregung dazu gehört, um die Gutmütigkeit und Langmut unserer Sachsen in lodernde Erbitterung zu wandeln. Wir wissen, wie trotz allem, mitten in der Wut des fürchterlichsten Häuserkampfes, diese Gutmütigkeit immer und immer wieder die Oberhand gewann und sich in fürsorglichster Betreuung der sichtlich leidenden Teile der Bevölkerung, der Frauen und Kinder, Kranken und Greise bewies. Wir wissen aber ebenso genau daß alle Beweise unserer Unschuld, und wären sie das Hundertfache von den vorhandenen, heute nicht vermögen, den

Panzer der Verleumdung

zu durchschlagen, den welscher Haß und britische Lüge um Ehr und Herz der Welt gelegt haben. Vor dieser Welt sind wir die Verbrecher, die ihre Schuld im Friedensvertrag von Versailles selbst zugestanden haben. Wir müssen es tragen im Bewußtsein unseres Rechts. Möchten wir alle, alle uns dieses Rechtes auch wahrhaft bewußt sein und bleiben. Wir können es tragen im Vertrauen auf die Gerechtigkeit einer Vorsehung, die dem deutschen Volke immer dann am nächsten war, wenn seine Not am größten erschien.

Die Ernährung des sächsischen Volkes.

Regierung und Zwangswirtschaft.

Das Problem der Volksernährung ist heute, wo die Frage des Abbaues der Zwangswirtschaft wieder einmal im vordersten Vordergrunde des öffentlichen Interesses steht, vom leidenschaftlichsten Streit der Parteimeinungen umbrandet. Von allen möglichen, fachmännischen und unfachmännischen Seiten werden Anschauungen und Vorschläge geäußert, die weit voneinander abweichen, zum Teil einander geradezu zuwiderlaufen. Nur eins ist ihnen allen gemeinsam, die Erkenntnis: So geht's nicht weiter! Bei diesem Stande der Dinge ist es jedenfalls von grundlegender Wichtigkeit, den — mit Recht oder Unrecht, sei hier dahingestellt — so vielfach bekämpften Standpunkt der Regierung kennen zu lernen. Die sächsische Staatsregierung hat diesen Umstand wohl zu würdigen verstanden, als sie zum Thema einer Besprechung mit der Chemnitzer Presse, die am Donnerstag stattfand, den Stand der Volksernährung in Sachsen wählte. Ihr Referent, Regierungsamtmann Dr. Schmidt-Leonhardt, gab bei dieser wechselseitigen Aussprache einen so gut unterrichteten Ueberblick über diesen Gegenstand, daß wir es für richtig halten, seine Ausführungen hier dem Inhalte nach wiederzugeben. Er faßte sie nach einem Hinweis auf den bekannten Stand der Dinge, den er — wie das auch von anderer Seite schon mehrmals geschehen ist — als ernst, aber nicht verzweifelt bezeichnete, in eine Antwort auf die Frage zusammen: Was nun? Hierzu sagte er:

Wir stehen gegenwärtig vor wichtigen Entscheidungen. Der Kampf gegen die Zwangswirtschaft scheint jetzt etwas abzuflauen. Diese sei zwar ein künstliches, aber doch mit der Zeit ziemlich fest und einheitlich gestaltetes Gebilde, das zwar nicht von Dauer sein werde, an dessen Abbau man aber sehr vorsichtig herangehen müsse. Dies sei geboten, da wir nun einmal durch eigene Produktion unseren Bedarf nicht decken können, ein Uebelstand, der sich durch Ablieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, durch Knappheit der Düngemittel und durch Wegnahme landwirtschaftlich hoch entwickelter deutscher Länder sehr verschärft habe. In bezug auf die Einfuhr seien wir durch den Tiefstand unserer Valuta gewissermaßen blockiert. Nun müßten wir bestrebt sein, mit Erzeugnissen unserer Arbeit, vor allem mit Kohlen, die Einfuhrgüter zu bezahlen. Sachsen besonders sei zur Aufhebung der Zwangswirtschaft allein gar nicht geeignet. Aus dem Gesamtbau der Zwangswirtschaft aber einzelne Steine herauszunehmen, das sei bedenklich, wenn man nicht dadurch den ganzen Bau zum Zusammenbruch bringen wolle. Die wenigen Ausnahmen, die bisher, besonders mit der Freigabe der Fische, der Eier und des Hafers, gemacht worden seien, könnten keineswegs ermutigen. Es fänden gegenwärtig Besprechungen statt, wie man die Wirkung der Zwangswirtschaft wenigstens in etwas abschwächen und ob dies nach dem System der Landlieferung oder nach dem der Lieferungsverträge erfolgen könne. Die Regierung wisse sehr genau, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne. Mangelhafte Ablieferung, Schleichhandel und Schiebertum müßten bekämpft werden. Auch die Regierung sei keineswegs darauf aus, nur fortzuwursteln; auch sie sehne Erleichterungen herbei, aber noch unverantwortlicher, als das vorläufige Festhalten an der Zwangswirtschaft, erscheine ihr bei der Ungewißheit des zu erwartenden Ergebnisses leichtfertig abzubauen.

Es solle nun versucht werden, durch einen etwas freieren Verkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern eine Milderung der bestehenden Uebelstände herbeizuführen. Wie dies zu erzielen sei, darüber seien die Beratungen im Gange. Der Redner verwies dabei darauf, daß die Verbraucher schon jetzt zur Mitwirkung in den Ueberwachungsausschüssen herangezogen seien. Vielleicht könnten außer den Verbrauchern selbst auch die Gemeinden und die Kommunalverbände bei Verwirklichung des angestrebten freieren Verkehrs mitwirken. Die Hauptfrage auf dem Gebiete unserer Ernährung sei aber die: wie kann ein Anreiz zur Steigerung der Erzeugung gegeben werden, da wir vor allem erstreben müssen, mit dem auszukommen, was wir selbst erzeugen. Man denke nun an Anreizpreise, die der Landwirtschaft nicht nur die Erzeugerkosten, sondern auch einen angemessenen Gewinn sichern. Dazu seien den Landwirten gewisse Mindestpreise für ihre Erzeugnisse bekannt zu geben, so daß die Erzeuger rechtzeitig wüßten, daß festzusetzende Höchstpreise nicht unter diese Mindestpreise herabgehen würden. Der Landwirt könne dann für den Anbau entsprechend disponieren, und dies sei geeignet, zu erweitertem Anbau anzureizen. Ein anderer vorgeschlagener Weg, zu besseren Erzeugungs- und damit auch zu besseren Preisverhältnissen zu kommen, sei der der Wertrelation, der die Festsetzung eines bestimmten Einheitspreises bedingt. Da die Preise aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse in einem gewissen Zwangsverhältnis zueinander stehen, so wäre ein bestimmter Preis — etwa der für Roggen — als Mittelpunkt der Preisbildung anzunehmen und die Preise der übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ein bestimmtes Verhältnis dazu zu stellen. Nicht die Einzelpreise, sondern der gegebene Einheitspreis sei dann je nach den gegebenen Verhältnissen herauf- oder herabzusetzen. Anreizpreise könnten daneben für Erzeugnisse, deren Anbau besonders erstrebt werde (z. B. Kartoffeln, Zucker usw.) in besonderen Fällen und für besondere Gebiete außerdem geboten erscheinen. Auch die Festsetzung von Preisen nach Zonen (Gebirgs- und Tieflandgegenden) käme weiter in Frage. Das System der Mindestpreise und der Wertrelation seien also die Angelpunkte der Ernährungspolitik der Regierung, wie sie sich gegenwärtig darstelle. Vor allem aber komme es darauf an, wie die Leistung unserer Landwirtschaft für die Dauer normal gestaltet werden könne. Wenn dabei vorerst eine weitere Preissteigerung eintreten sollte, so sei dabei doch immer zu bedenken, daß eine Preiserhöhung, weil sie produktionsfördernd wirke, später desto sicherer wieder zur Preissenkung führe, denn wenn mehr Ware auf den Markt komme, dann seien die Verbraucher nicht nur besser versorgt, sondern die Preise fielen auch dementsprechend.

Der Vortragende behandelte im weiteren noch einige Einzelgebiete der Ernährung. Eine weitere Erhöhung des Milchpreises werde nicht zu vermeiden sein, und die Regierung sei sich ihrer Verantwortung in bezug auf diese Maßnahme bewußt; doch auch diese vorläufige Preisbildung sei nur dazu bestimmt, für die Zukunft eine günstigere Auswirkung für die Verbraucher herbeizuführen. Die Brotversorgung sehe zwar ernst, aber nicht trostlos aus; sie sei, wie so vieles andere, im wesentlichen von der Kohlenversorgung abhängig, ein Umstand, der nicht oft genug hervorgehoben werden könne. Es geschähe aber alles, um die Landwirtschaft mit Druschkohlen zu beliefern. Ob die Kartoffelknappheit eine Milderung erfahre, hänge davon ab, wie der Befund der Mietenkartoffeln ausfalle. Bisher in Sachsen vorgenommene Versuche seien nicht ungünstig. Ueber die Versorgung mit Fleisch und Streichmitteln war nichts Außergewöhnliches zu berichten.

Sächsische Volkskammer.

Präsident Fräßdorf eröffnete die gestrige Sitzung um ½2 Uhr. Er teilte mit, daß die von den Abgg. Dr. Wagner (Dtschnat.) und Koch (Dem.) gestellten kurzen Anfragen am 3. März auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl des parlamentarischen Lebensmittelbeirates. Die von den Fraktionen vorgeschlagenen Lange, Nitzsche, Schembor (Soz.), Claus und Hartmann (Dem.), Dennhardt (U. Soz.), Schmidt und Blüher (Dtsch. Volksp.) wurden einstimmig gewählt. Hierauf wurde zur Wahl der Ausschüsse geschrit-